

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummern 20 Pf. — Durch Ankündigung oder durch die Post: monatlich 2,00 Mk., vierteljährlich 6,00 Mk. frei ins Haus.

Verlagsnummer: Nr. 22885
„Sozialistischer Verlag“ e. V. m. B. H. 5., Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenzeile (10 Zeilen hoch) über dem Raum 125 Pf., darunter 1,50 Mk. Stellen- und Wohnungsbekanntmachungen: 50 Pf. und 1,00 Mk. Reklame: Die Spaltenzeile, dreizehnpfeilig über dem Raum, hinter Text 4,- Pf.

Politische Uebersicht.

Im Ruhrgebiet

wüten die Kriegsgesetze unverändert weiter, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen sind an der Tagesordnung. Die Abkommen von Bielefeld und Münster sind eben ein feines Papier. — Der Berliner Polizeipräsident durchkreuzt systematisch die Abmachungen nach dem Kapp-Putsch über eine Reform der Sicherheitswehr. Bekanntlich sollen als Stützen der Republik Vertrauensleute der Gewerkschaften in die Truppe und Kommandostellen der Sicherheitswehr eintreten. Der Polizeipräsident kümmert sich den Teufel um diese Abmachung. — Die vom Proletariat getriebene Regierung der deutschen Republik wendet jetzt die Entente um dauernde Beibehaltung eines 200.000 Mann starken Heeres an. Ferner wendet sie um Befreiung von schwerer Artillerie, Fliegerabteilungen und Eisenbahnkompagnien. Weshalb? Um den „Völkchenwismus“ niederrichten zu können! Deshalb hat also das deutsche Proletariat gestreift. Deshalb ist Müller Ministerpräsident und nicht Kapp. Merkt es Euch, Proletariat!

Die bürgerliche Journaille

treibt wieder alte Geze gegen die Wuppertal-Proletariat, die von der Watter-Soldateska noch nicht zur „Ruhe und Ordnung“ gebracht worden sind. Im dortigen Gebiet soll es — nach bürgerlich-kapitalistischen Begriffen, nach bürgerlichen Lügen — darunter und darüber gehen. Watter soll helfen; mit seinem weißen Schrecken die Privilegierten beschützen; Watter rüstet.

Die „vollendete Demokratie“.

Das „Ruhr-Echo“, Parteiblatt der U. S. P. in Essen, ist auf die Dauer von einer Woche verboten worden, weil es Dokumente über die Nordwirtschaft der Soldateska im dortigen Gebiet veröffentlichte.

Deutschland.

Die Nationalversammlung hatte einen in der Mehrheit aus Bürgerlichen bestehenden Untersuchungsausschuss eingesetzt, der im Reichswehrministerium die Beteiligung der Offiziere am Kapp-Putsch feststellen sollte. Die erste Tat dieses Untersuchungsausschusses war, sich selbst aufzulösen. Er hat beschlossen, die Untersuchung den einzelnen Deputierten im Reichswehrministerium zu überlassen, d. h. den angeschuldigten Offizieren selbst. Glänzende Lösung!

Major von Gilsa,

die rechte Hand Kosses, einer der Haupttreiber und Hauptorganisatoren der Militär-Diktatur, hat seinen Posten im Reichswehrministerium aufgeben müssen. Er soll später als Truppenoffizier Verwendung finden.

Eine republikanische Reichswehrreformation.

Wie gemeldet wird, soll in Kürze ein aus zuverlässigen Republikanern gebildeter Reichswehrverband aufgestellt werden.

Justiz in Bayern.

Die in Niederbayern inhaftierten Genossen Klingelhöfer, Zuller, Kitzsch und Erich Mühsam sind auf unbestimmte Zeit in Einzelhaft gesetzt worden bei Verhören und Schreibverbot sowie Entziehung des Spazierengehens, angeblich weil sie gegen die Monarchie Republik Bayern schwarze Pläne hegten.

Während das Kappisten-Gezindel frei herumläuft, werden unsere Genossen terrorisiert. „Vollendete Demokratie“!

Die Schlimmsten.

Dreizehn ostpreussische Landräte, die an dem Kapp-Putsch beteiligt waren, wurden ihres Amtes enthoben.

Amerika

hat mit Deutschland einen zweiten Vertrag auf Lieferung von Fleisch, Speck, Brotgetreide, Kartoffeln, Milch usw. in Höhe von 2 1/2 Milliarden Mark abgeschlossen. Die Lieferungen sollen sofort beginnen. Die Preise im Einzelverkauf werden natürlich sehr hoch sein.

Die Mai-Feier in Berlin.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat am Donnerstag beschlossen, für die schlesischen Arbeiter und Ange-

stellten am 1. Mai die Arbeitsruhe durchzuführen. Auch die Schulen sollen am 1. Mai geschlossen sein.

Selbstverständlich kam dieser Beschluss nicht einmütig zustande. Die bürgerlichen Vertreter konnten es sich nicht verwehren, ihren Has gegen den Weltfeiertag des Proletariats zu veröffentlichen. Aber es half ihnen nichts. Die Fraktionen der U. S. P. und S. P. D. bilden die überwiegende Mehrheit und traten für die Arbeitsruhe ein. Die Berliner Gewerkschaftskommission beschloss, daß am 1. Mai nur in den lebenswichtigen Betrieben gearbeitet werden soll. Der elektrische Straßenbahnverkehr wird ebenfalls ruhen.

Die sächsische Regierung

hat angeordnet, daß am 1. Mai bei den staatlichen Behörden und Betrieben kein Dienst geleistet wird.

Und Preußen?

Eine Abjage.

Das westeuropäische Sekretariat der 3. Internationale hat das Gesuch der neuen R. U. P. D. um Aufnahme in die Internationale mit folgender Motivierung abgelehnt:

Die Haltung der „Kommunistischen Arbeiterpartei“ in den vergangenen Wochen war folgende:

1. Sie hat die Verbindung mit den Kapp-Offizieren hergestellt und dadurch die Gefahr vor Hochverrat provoziert.
2. Sie hat in Verbindung mit diesen Kapp-Offizieren wiederum Konzeptionen an den Nationalbolshewismus gemacht und hat diesem Nationalbolshewismus auch wider dadurch Beistand geleistet, daß sie die in ihren Nationalbolshewismus betamten Gruppen in ihre Reihen aufgenommen hat.
3. Sie vertritt den individuellen Terror und die individuelle Sabotage.
4. Sie sieht ihre vermeintliche Aufgabe in der Bekämpfung der kommunistischen Internationale ange-schlossenen kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) mit allen, auch terroristischen Mitteln.

Gemeinderatswahlen in der Pfalz.

In der Pfalz haben jetzt die Gemeindevahlen stattgefunden. Es handelt sich dabei zum Teil um Wahlen im besetzten Gebiet. Allgemein hat unsere Partei einen großen Zuwachs erhalten, auch im besetzten Gebiet. Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen wurden insgesamt 90 Vertreter unserer Partei, 154 der S. P. D., 85 Zentrumslaute, 58 von der Deutschen Volkspartei, 53 Demokraten, außerdem 61 Vertreter verschiedener bürgerlicher Gruppierungen, 21 Vertreter der Bauern, 6 Beamte und 2 Gewerkschaftsvertreter katholischer Couleur gewählt. Die Wahlbeteiligung bewegte sich zwischen 60 und 70 Prozent der Berechtigten. Die Mannheimer „Tribüne“ bemerkt zu dem Ergebnis, die hohe Bedeutung der Wahlen liege darin, daß sie dem Proletariat Deutschlands beweist, wie stark unsere Ideen auch im besetzten Gebiet schon Wurzel geschlagen haben.

In Elsaß-Lothringen

ist der Generalstreik allgemein. Eisenbahnverkehr und Post ruhen. Die Bewegung hat revolutionären Charakter.

Vor einem Eisenbahnerstreik in Frankreich?

Paris. Der Kongress der Eisenbahner hat eine Entschlieung angenommen, daß, da die Regierung nicht für die aus Anlaß des letzten Eisenbahnerstreiks gemachten Forderungen eintreten wolle, ein sofortiger Ausstand ins Auge gefaßt werde.

Wahre Solidarität.

Aus Florenz wird berichtet, daß die dortigen Eisenbahner die Absicht von Carabinieri nach Livorno, wohin sie wegen des Generalstreiks berufen worden waren, mit Gewalt verhinderten. Auch in Genua verhinderten die Eisenbahner die Einladung eines Regiments Infanterie nach Livorno.

Demonstrationsstreik der belgischen Staatsangestellten am 1. Mai.

Brüssel. Der Landesverband der belgischen Staatsbediensteten hat grundsätzlich beschlossen, zum Protest gegen das Elend am 1. Mai 24 Stunden zu streiken. Der Zeitung „Revue“ zufolge hat der Eisenbahnminister den 1. Mai zum Feiertag bestimmt.

Zusammenbruch.

D. Li. Die wahrheitsgetreue Bilanz eines Wirtschaftsunternehmens (in privater, staatlicher, gesellschaftlicher Hand) ist der Ausweis über seine Gesundheit, das Abbild der Lage, geeignet zur Kritik, die schließlich über das Gebiet des speziellen Falles hinausgehen und in Verbindungen und Schlussfolgerungen eine ökonomische Untersuchung im großen sein muß. Die sozialistische Kritik darf sich nicht mit der Lausache der Prosperität oder der Unterbilanz eines Wirtschaftsunternehmens begnügen, sondern muß alles im Rahmen der allgemeinen ökonomischen Struktur betrachten und bewerten, auf das System hinweisen, das als Fundament der Erscheinungen maßgebend ist. Besonders interessant sind jetzt die Ausweise (Budget) der im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen: Eisenbahn und Post. Es ist bekannt, daß diese beiden großen Staatsbetriebe vor dem Kriege namhafte Ueberschüsse abwarfen, die zum Teil in die Kassen zur Heeres- und Flottenrüstung, zur Vorbereitung des Krieges wanderten. Der Ueberschussperiode ist nun die Defizitwirtschaft gefolgt, die nicht ab-, sondern im Gegenteil weiter zunimmt.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung entwarf Erzberger Nachfolger, der neue Reichsfinanzminister Wirth, das Bild vom Stande der Reichsfinanzen und deren Verwaltung. Er erklärte, daß eine neue Welle von Lohnrückführungen im Anzuge ist. In den letzten Tagen sind Verhandlungen mit den Eisenbahner-Gewerkschaften eingeleitet worden, in denen von den Eisenbahnern neue, sehr weitgehende Forderungen erhoben worden sind. Diese neuen Lohnforderungen fallen vom 1. April ab zu Lasten des Reiches. Das Budget würde dadurch um nicht weniger als zwei Milliarden Mark belastet werden. Der Minister betonte weiter, daß er dem ersten Budget des Eisenbahnetats mit großer Sorge entgegensteht. Man habe gehofft, daß sich das Defizit auf etwa sieben Milliarden Mark würde beschränken lassen. Es zeigt sich indessen, daß man einschließlich der erwähnten zwei Milliarden Mark für erhöhte Löhne mit einem Defizit von zwölf Milliarden rechnen muß. Auch die Reichspostverwaltung wird trotz der neuen Gebührenordnung ein Defizit von 900.000.000 Mark ergeben. Eine beträchtliche Hinaussetzung der Kohlensteuer (äußerst volksfeindlich!) soll zur Verringerung der Unterbilanz dienen.

Die Eisenbahntarife für den Personen- und Güterverkehr haben bereits (nach sprunghafter Entwicklung) eine außerordentliche Höhe erreicht. Die Gebühren für die Gütertransporte belasten die Wirtschaft, also letzten Endes die Masse der Konsumenten, der Proletariat ungewein; selbst kleinere Reisen kosten heute einen ganz gehörigen Wagn Geld, so daß die Abnahme des Verkehrs und die Abwanderung in die niedrigeren Klassen bereits eingetreten ist, wodurch natürlich die durch die Tarifierhöhung gedachte Einnahmeförderung nicht den gewünschten Erfolg hat. Der Reichsfinanzminister sieht auch angeblich einer bald eintretenden weiteren Tarifierhöhung nicht sympathisch gegenüber. Er sagte, man sei an den Punkt gelangt, wo eine weitere Erhöhung der Tarife für das Reich eine Mindereinnahme bedeutet. Der Verkehr würde absterben. Allerdings ist die augenblickliche Abgeneigtheit des Ministers einer neuen Tarifierhöhung gegenüber nicht etwa als Sicherheit für die Zukunft zu werten. Es wird gar nicht lange dauern, da wird die neue Erhöhung bekannt gegeben werden und im Kraft treten. — Zur Deckung des Postdefizits, das für 1919 1 1/2 Milliarden beträgt und für 1920 auf 2 1/2 Milliarden geschätzt wird, ist eine neue Gebührenordnung festgesetzt worden, die ab 1. Mai resp. ab 1. Juli gilt (Telegraphen- und Telefongebühren). Trotz den Erhöhungen bleiben aber immer noch 900 Millionen Mark ungedeckt. Der neue Tarif hat folgendes Aussehen: Das Porto für Postkarten wird auf 30 Pf. erhöht, für einfache Briefe auf 40 Pf. und für Briefe bis 250 Gramm auf 60 Pf. Die Sätze für Druckfachen, Geschäftspapiere und Warenproben sind verdoppelt. Auch die Paketgebühren, die Postarbeitsgebühren und die Gebühren für Zeitungen sind erheblich erhöht worden. Für Telegramme ist der Unterschied zwischen Orts- und Ferntelegrammen beseitigt, die Wortgebühr ist auf 20 Pf. festgesetzt und die Mindestgebühr für ein Telegramm auf 2 Mk. Die Fernspreckarbeiten erfahren durchweg eine Erhöhung um 100 Prozent, bei ganz großen Rechnungen noch darüber hinaus. Von allen

Zernprekneimern muß ein besonderer Kapitalbeitrag in Höhe von 1000 Mk. für jeden Hauptanfluß und von 200 Mk. für jeden Nebenanfluß geleistet werden. Auch diese Erhöhung ist keineswegs die letzte. All die Zahlen sind katastrophal: trotz den riesigen Erhöhungen, die die Wirtschaft, die Verbraucher schwer belasten, bleibt als Ergebnis das Defizit. Und an eine Aenderung dieses nichts weniger als schönen Zustandes ist nicht zu denken, so lange das kapitalistische System herrscht.

(Fortsetzung folgt.)

Diktatur des Proletariats.

Von J. Eisenberger.
(Fortsetzung.)

Zur absoluten Unerrücklichkeit gestaltet sich jedoch der kapitalistische Staat erst dann, wenn ungewöhnliche Heimtückungen, verheerende Kriege usw. das Wirtschaftsleben der Völker so stark erschüttern, daß nicht nur verhältnismäßig geringe Teile derselben, sondern gleichzeitig alle wertaktiven, nur vom Ertrag ihrer Arbeit lebenden Elemente in drückende Not gestürzt werden. Lediglich wenn die massenhaft auftretenden Widersprüche, sowie die einreißende Verelendung die kapitalistischen Klassen vor die Aufgabe stellen, ohne Bezug dem ökonomischen Niedergang vorzubeugen, dann erst setzt der Prozeß ein, der einschneidende Veränderungen des gesamten gesellschaftlichen Aufbaues hervorzubringen imstande ist. Erweist sich die Staatsgewalt in der Lage, den Massen ein halbwegs befriedigendes Durchschnittsmaß von Wohlstand zu sichern, so besteht immerhin die Aussicht, daß die innerlich zwar impotente, den bewaffneten Organisationen der Regierung gegenüber aber Wehrlosen, sich abermals unter die Fuchtel ducken. Drohen indes Verarmung und Mittellofigkeit, durch zunehmende Arbeitslosigkeit sowie eine durch zügellose Spekulation erzeugte Teuerung verursacht, weicht man sich zu greifen, so ist eine Schritt haltende Säugung unter den Massen unvermeidlich. Sie muß dabei um so tiefer und nachhaltender wirken, je mehr die Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung fortschreitet, je geringer der Kreis jener wird, die im Gelde schwimmen und ohne Rücksicht auf die Steigerung der Preise ihre Bedürfnisse zu decken sich erlauben können. Mit dieser Entwicklung erst rückt der Augenblick der einheitlichen Aktion gegen das Privatkapital näher und näher, und allein in ihr liegt die Gewähr einer tiefgreifenden Revolution, nachdem das Privatkapital seine eigenen Widersprüche, an denen es zugrunde gehen muß, unaufgeklärt für alle aufgedeckt hat.

Wird es nun, zunächst in Deutschland, der kapitalistischen Ordnung gelingen, sich von der ihr durch den Weltkrieg verfestigten Schluppe zu erholen? Weist es noch die Kraft, die geschlagenen Wunden zu heilen und jenes Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf den Gebieten des Arbeits- und Warenmarktes herzustellen, das für ein gezieltes Fortbestehen unerlässlich ist? Wir revolutionäre Sozialisten behaupten: nein! Die Störungen, die in erster Linie einer Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit entsprechend dem Umfang der Friedensfähigkeit erwachsen sind, erweisen sich als geradezu unüberwindlich. Der durch den Krieg bedingte Verbrauch, vielmehr die Verschleuderung von Wertes jeglicher Art, hat dazu geführt, daß die Vorräte an Fertigfabrikaten gänzlich erschöpft sind, während bedeutende Rohstoffquellen zum Teil durch die Gebietsabtretungen verloren gegangen sind und ihr Abbau innerhalb des Landes, soweit er überhaupt betrieben wird, durchaus ungenügend ist. Als unmittelbare Folge dieser Erscheinungen hat sich eine Preistreue breitzemacht, die dem Privatkapital unerhörte Profite abwirft und den Erwerb von Gebrauchsgütern fast ausschließlich zum Sport der bemittelten Klasse verwandelt. Ein Ankauf von Rohmaterialien oder Produkten im Auslande, das selbst keinen nennenswerten Mehrwert zu verschaffen hat und daraus mit Befürchtungen gegen, ist mit Rücksicht auf den erschreckend niedrigen Stand unserer Valuta wehr und mehr außer Betracht zu lassen. Die Überlastung der letzteren durch unsere Anleihen hat durch die erdrückende Kriegskonturbation eine Verärfung

erfahren, die es uns auf unabsehbare Zeiten hinaus unmöglich macht, irgendwelche reale Kaufkraft auf dem Weltmarkt zu entwickeln, wenn wir nicht doze schreiten, Industrie und Handel zu nationalisieren, um die privatkapitalistische Verschiebung von Erzeugnissen nach anderen Ländern und damit den weiteren Verfall der Valuta zu hinterziehen. Soweit eine Ausfuhr in Frage kommt, dürfte sie sich deshalb nur im Austausch gegen eine gleichwertige Einfuhr vollziehen, die ihrerseits wiederum nicht dem willkürlichen Vertrieb durch kapitalistische Schleichhändler, sondern unter staatlicher Kontrolle und Normierung der Preise dem Volkswohl zugänglich gemacht werden müßte. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Internationale.

Eine Proklamation Trozkis Schaffung einer Arbeiterarmee.

Trozkis hat bei Anlaß der Umbildung der Sowjetarmee in eine Arbeiter-Miliz folgende Proklamation in der „Prawda“ veröffentlicht:

1. Die baldige Beendigung des Bürgerkrieges und der günstige Wechsel in der außenpolitischen Lage Sowjetrußlands stellen die Frage einer weitgehenden Reform unserer militärischen Organisation an erste Stelle der Tagesaufgaben.
2. Solange die Bourgeoisie in den größeren Staaten noch die Macht behält, kann sich unsere soziale Republik nicht als gesichert betrachten. Es ist daher nötig, das unsere Verteidigungsmittel noch ergiebiger zu machen.
3. Während der Uebergangsperiode bildet die Schaffung einer Roten Miliz die beste Gewähr.

Wählt politische Arbeiterräte.

Das Käteilstem ist der Todfeind des bürgerlichen Parlaments. Die wirkliche und die Eigenvolksvertretung stehen sich in beiden gegenüber.

Die zwei Stützen des Käteilstem sind: Arbeiter-räte und Betriebsräte. Aufgabe der Arbeiterräte ist es, sich die politische Macht zu erobern. Arbeiterräte müssen also politisch befähigte Köpfe sein. Sie stellen politische Forderungen, z. B. Entlassung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterschaft. Zur Durchführung der Forderungen ihrer Arbeiterräte hat die Arbeiterschaft vor allen Dingen ein Mittel: Streik.

Anfangs der Betriebsräte ist die Eroberung der wirtschaftlichen Macht in den Betrieben. Kontrolle der Betriebe durch die Betriebsräte in allen und jedem.

Politische Arbeiterräte und wirtschaftliche Betriebsräte arbeiten sich in die Hände. Beide sind nötig um jenen Zustand herbeizuführen, der heißt: Uebernahme der Macht durch das Proletariat.

Die Arbeiterräte sind das Schwert des Proletariats.

4. Die Rote Miliz muß gleichzeitig in enger Fühlung mit der fortschreitenden Produktion in gewissen wichtigen Industriezweigen stehen und ihre militärischen Fähigkeiten erhalten.

5. Ganze Regimenter, Brigaden und Divisionen sollen den Industriezweigen zugeteilt werden.

6. Die Rote Arbeiter- und Bauernmiliz, die sich aus im Krieg ausgeübten Arbeitern und Bauern zusammensetzt, kann zu jeder Zeit gegen einen Feind unter der Waffen gerufen werden.

9. Das Kommando einer jeden Miliz-Einheit soll sich aus den besten Elementen des lokalen Proletariats zusammensetzen.

10. Sollen lokale Uebungsstürme im Kommandobewesen veranfaßt werden.

11. Die militärische Ausbildung soll bestehen aus: Unter-richtung der Jugend in militärischen Pflichten. Ausbildung der Militärführer in jährlich stattfindenden kurzfristigen Kursen (Ergänzungskurse).

12. Die Organisation der Roter soll sich in jeder Beziehung auf dem Prinzip des allgemeinen Arbeitsdienstes aufbauen. Da die Miliz die Umbildung des russischen Bolshew in eine bewaffnete kommunistische Nation vorzubereiten hat, muß ihre Organisation den Charakter der Diktatur der arbeitenden Klasse beibehalten.

Die Besteuerung der Kriegsgewinne in Italien.

Der „Corriere della Sera“ berichtet über Maßnahmen der Regierung zur Entschäpfung der Vermögen. So müssen

beispielsweise von einem Kapital von 100 000 Lire, das durch den Krieg auf 2 Millionen angewachsen ist, 1 700 000 Lire, d. h. 91 Prozent abgezogen werden. Die Kriegsgewinne dürfen das Grundkapital um nicht über 80 Prozent übersteigen. Die außerordentliche Steuer auf Vermögen, die schon vor dem Kriege bestand, beträgt im Minimum 4 1/2 Prozent auf Vermögen von 50 000 Lire, rund 11 Prozent bei Vermögen von einer Millionen Lire und 50 Prozent bei Vermögen von 100 Millionen Lire.

Kapitalistische Wirtschaft.

Großindustrieller Patriotismus.

Deutschland leidet unter unerhörtem Mangel an allen Dingen. Vor allem sind Eisen und Stahl außerordentlich knapp. Zu den von den Syndikaten und Verbänden festgesetzten Preisen bekommt der Weiterverarbeiter nicht ein Gramm geliefert. Die Hersteller und Besitzer von Eisen und Stahl nehmen die Preise, die sie wollen und treiben sie zu einer solchen wahnwitzigen Höhe, daß die daraus hergestellten Fertigwaren kaum noch zu bezahlen sind.

Woran das liegt sagt recht deutlich die Berlin-Anhaltische-Maschinenbau-A. G. in ihrem Geschäftsbericht für 1919. Es heißt da:

„Das stete Drängen, an die Weltmarktpreise heranzurücken, die Schwierigkeit, Material überhaupt auf dem üblichen Wege des direkten Werkbezuges zu erhalten, und der für die Walzwerke starke Anreiz, das unbearbeitete Walzmaterial direkt zu exportieren, um sich den vollen Valutagewinn zu sichern, bringen die weiterverarbeitende Eisenindustrie allenthalben in starke Bedrängnis und stellen deren Leistungsfähigkeit für Export auf die Dauer überhaupt in Frage. Es wäre zu wünschen, daß man die für die Gesamtwirtschaft hierin liegende Gefahr erkenne und dem Grundsatz zum Durchbruch verhelfen würde, daß unser Land Fertigerzeugnisse ausführen muß, Halb- und Rohstoffe dagegen nur im Rahmen des Unvermeidlichen.“

Die Montanherrn werden sich hüten, dem hier aufgestellten Grundsatz zu folgen. Sie reiben lieber Valuta-schiebungen und können dann hinterher um so generöser die Propaganda gegen den „Bolschewismus“ unterstützen, der angeblich das deutsche Wirtschaftsleben vernichten müßte!

Ansekerung des Silbergeldes.

Eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums, die die Zustimmung des Reichstags und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses gefunden hat, bestimmt, daß die 1/2-Mark-Stücke, 1-Mark-Stücke, 3-Mark-Stücke und 5-Mark-Stücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Mark-Stücke eingezogen sind; sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. — Bis zum 1. Januar 1921 werden diese Münzen bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichsbankscheine und Darlehensscheine umgetauscht.

Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherter und andere als durch den gewöhnlichen Umlauf im Verkehr verringerte sowie auf verärfachte Münzstücke keine Anwendung. — Mit dieser Verordnung sind also von nun an sämtliche Silbermünzen außer Kurs gesetzt. Die Annahme der Silbermünzen zu dem bisher festgesetzten Preise durch die dazu bestimmten Stellen bleibt jedoch vorläufig bestehen. — Damit ist das Silbergeld natürlich nicht wertlos, zumal in unserer papierüberreichen Zeit.

Die Konzentration des Kapitals.

Die Lederfabrik Emil Köster, A.-G., Neumünster, geht in die Hand des bekannten Niesen-Lederunternehmens Adler & Oppenheimer, A.-G., Berlin, über. Dadurch erhöht sich das Aktienkapital der letztgenannten Gesellschaft auf 14,3 Millionen Mark. An Dividende schüttelten beide Unternehmen in den letzten Jahren 20 Prozent aus. Der Konzentrationsprozeß des Lederkapitals macht riesige Fortschritte. Adler & Oppenheimer bekommen allmählich die gesamte deutsche Lederindustrie in die Hand. Die Profite sind fabelhaft. Die Lederindustrie ist für die Sozialisierung mehr als reif!

Der Seelendoktor

des verendenden Kapitalismus.

Auf unsere Kritik: „Die Scharlottener“ (Nr. 39 der „Sozial. Arb. Ztg.“ vom 15. April) ist nicht nur die hiesige Ortsgruppe des Bundes für Dreigliederung folgende

Erwidern:

In Nr. 39 der „Sozialen Arbeiter-Zeitung“ wurde unter der Ueberschrift „Die Scharlottener“ eine Bemerkung über die letzte vom „Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus“ veranstaltete Versammlung gebracht. Der Ton und die Ausdrücke, mit denen von unserer Bewegung und der damaligen Versammlung gesprochen wurde, bedürft uns, wie alle solche Angriffe und Beleidigungen, gar nicht. Doch aber müssen wir Protest einlegen gegen das Verhalten, aus offenkundiger Unkenntnis über eine Sache öffentlich abzumachen, so das Recht zu beanspruchen und einseitige Urteile und Beschlüsse zu veröffentlichen. Wir müssen fordern, daß einer unabhängigen Arbeiterpartei das Urteil über unsere Bewegung selbst überlassen wird; es ist jedem Einzelnen gegeben, sie kennen zu lernen.

Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus.

Darauf antworten wir mit nachstehenden Urteilen, den wir der Zeitschrift „Die Internationale“, einbringen:

Herr Rudolf Steiner, der „Stifter von Deutsch-land“ und „Führer deutscher Mystik“, wie er sich nennt, hat ein Buch geschrieben mit dem geheimnisvoll aufgeschriebenen Titel: „Die Kurative der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft.“

Herr Steiner hat während des Krieges von sich reden gemacht, dadurch, daß er zunächst mit Derr die deutsche Sache für gerecht erklärte, Heden jahlang, die ihn in den Krieg zum Führer national geistigen Kampfes bringen konnten,

der dann natürlich wie alle jene, die es immer gleich gesagt haben, auf seine früheren Warnungen und Bedenken gegenüber dem Antarkriegsstand des Kapitals hinwies, kritische Betrachtungen anstellte und endlich hinreißend, als Deutschlands Niederlage perfekt war, das Buch schrieb, das nunmehr mit seinen Gedankengängen den einzigen Ausweg zur Rettung der Menschheit bedeutet. Dieser Herr Steiner, — und das muß unseren in diesen Dingen weniger erfahrenen Genossen immerhin gesagt werden, ist aber nach seinem eigenen Offenbarungen kein gewöhnlicher Journalist. Er ist ein Geistesgenosse, ein Führer der tiefsten Geheimnisse in Vergangenheit und Zukunft, er ist Theosoph. — Was ist das?

Nur ein Mensch mit höheren Fähigkeiten, mit inneren Sinnesorganen, die in ihm so entwickelt sind, daß er mit ihnen die tiefste und größte Welt wahrnimmt. Er ist Geistesgenosse mit weiter reichender Erkenntnis als der gewöhnliche Mensch, hat Verstand mit höheren geistigen Befähigungen und verhält sich zu dem normalen Typus wie der Schenke zum Blindbottchen. Auf Grund dieser besonderen Konstitution weiß er, daß hinter der irdisch veranschaulichten Welt eine unerschöpflich geistige Welt, weiß, daß z. B. die schriftlichen Himmelsschreibungen von großen Dingen veranlaßt werden, die ihr Dasein in einer höheren Welt haben, daß die Affen urförmigsten Menschen sind und was der wunderbarsten Dinge mehr sind, von denen sich Schulweisheit nichts träumen läßt.

Der Theosoph ist aber mehr, er ist ein vorzüglicher Mann. Er sagt: er will nicht wie die vorige Wissenschaft beweisen, er will nur auf geistige Erfahrungen hinweisen; er hat es nicht mit Spekulation, sondern mit übernatürlichen Tatsachen zu tun. Diese lassen sich nicht widerlegen. Er verlangt auch nicht Menschen an die Leher, sondern Menschen an die Möglichkeit, durch eigene Erfahrung zu einem jenseitigen Wissen zu gelangen. Die Theosophen als Führer der Menschheit können nicht die allerschlechtesten Geheimnisse offen-

baren, sie müssen sie vielmehr den verschiedenen Entwicklungsstufen der Menschen anpassen. So erklären sich zum Beispiel die tatsächlichen Verschiedenheiten der Religionen. Und im übrigen: Was nicht befriedigend beantwortet werden kann, das liegt an der unzulässigen Fragestellung.

Bravo, nicht wahr? Mehr kann man nicht verlangen. Auch ist es durchaus erklärlich, daß in dem vergangenen Jahrzehnt die Anhänger dieser begnadeten Menschheitsführer sich rekrutierten aus delabentem, mystisch angehauchtem Hochadel, altlichen, verabschiedeten, talentlosen Offizieren, unzufriedenen, älteren alten Jungfern, bleichfüßigen, unverschämten, tätigenlosen Frauen und all jenen, die ohne eigene Denkernergie und Kenntnisse nach sogenannten höheren Bedürfnissen und alkoholfreier Umbebung schmachteten, die in einem Sammelhurium journalistisch oberflächlicher Philosophieren aus indischen, persischen, mystischen und sonstigen Quellen sich wohlgefällig und eitel nach allen Richtungen rekelten, wobei die Führer die Schäflein schoren und Herr Steiner in Dornbach bei München mit Unterstützung hoher und höchster Männer das theosophische Kloster „Sohannishaus“ für ein Duzend Millionen aufrichteten begannen.

Um die soziale Frage brauchte man sich bei diesen Eingeweihten den Teufel was kümmern. Zwar war Steiner in früheren Jahren eine Zeitschrift S. P. D.-Mann, — man muß eben von allem etwas wissen — aber es, wie auch die berühmte Theosophin Anna B.-Jant hatten mit eingesehen, daß alles Wirken „praktischer Weltverbesserer“ vergeblich ist, wenn nicht die geistigen Gewalten, zu denen die Theosophie den Schlüssel liefert, in Bewegung gesetzt werden.

Die soziale Frage unterstand eben dem „Karmagede“, dem theosophischen Gesetz der geistigen Ursächlichkeit und ausgleichenden Gerechtigkeit. Hiernach sind alle Schicksale in diesem oder einem früheren Leben — der Theosoph weiß um die Ueberverlebung — selbst verursacht. (Fortsetzung folgt.)

Die Vollversammlung der Arbeiterräte findet Freitag abend 7 Uhr im Ballhof, Schießwerderplatz, statt. Alle Arbeiterräte haben zu erscheinen. Der Aktionsausschuß der Breslauer Arbeiterräte.

Gewerkschaftliches.

Zur Charakterisierung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Am 17. und 18. April hatte der Verwaltungsrat des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G.D.A.) Vertreter aus allen Teilen des Reiches in Berlin versammelt. Nach einem Bericht des Bundesvorsitzenden Beckmann wurde eine Erklärung angenommen, in der es heißt:

Der G. D. A. mitbilligt die Neuregierung der am politischen Generalstreik beteiligten Gewerkschaften, die in einzelnen Landesteilen in Terrorismus ausgeartet ist und in der einseitigen Zusammenfassung der Sozialisierungskommission geföhrt hat. Die Regierung wird angefordert, diesen verfassungswidrigen Zustand zu beseitigen und noch vor Schluß der Nationalversammlung den Reichswirtschaftsrat zu schaffen, nach dem alle erwerbstätigen Kreise zur Mitarbeit am Wiederaufbau der Volkswirtschaft berufen sind.

Nicht weil wir dem gelben Konglomerat, das unter der täuschenden Maske „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ sein Unwesen treibt, große Bedeutung beimessen, geben wir diese Auslassung potenziertester Charakterlosigkeit wieder, sondern weil gerade diese Erklärung geeignet ist, das Wesen dieser Gesellschaft zu kennzeichnen. Es entspricht diesem Wesen, daß die Leute nach dem Reichswirtschaftsrat rufen, der in der geplanten Zusammenfassung ein treffliches Instrument zur Wahrung einseitiger Unternehmerinteressen darstellt. Uns wundert das nicht, denn: „Was Brot ich esse, das Vieh ich singe.“

Aus der Provinz.

Versammlungen der U. S. P.

Am 21. April referierte Genosse Müller-Breslau in Glatz über das Thema: „Revolution und Konterrevolution“. Die jagdgemäßen Ausführungen wurden von der sehr zahlreich erschienenen Zuhörerschaft mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion versuchte der Seidenrager Rechtssozialist Rohrbach unter dem Deckmantel der Einigung Täuschungspolitik zu treiben. Vergebliche Mühe, die Versammlung ließ ihn gründlich fallen. 70 Neuaufnahmen wurden gemacht. — Im Waldenburger Revier wurde die „rote Woche“ unter großen Erfolgen fortgesetzt. Mittwoch referierte Genosse Gruchowicz in Dittersbach. Die rein sozialistische Regierung für die Uebergangszeit muß die Forderung der Stunde sein. Mit der Bildung politischer Arbeiterräte und der Bewaffnung des Proletariats darf nicht eine Sekunde geögert werden. Wiederum erschien der Rechtssozialist Franz, um für seine Partei eine Rettungsaktion vorzunehmen. Aber der Erfolg war auf seinen des Genossen Gruchowicz. Viele Beiträge zur U. S. P. waren das profunde Ergebnis. — Donnerstag sprach Genosse Gruchowicz in Waldenburg. Die Versammlung war überfüllt. Das Referat versuchte auch hier seine Wirkung nicht; der Beifall war groß. In der Diskussion traten zwei Rechtssozialisten auf: Herr Grüttner und der Stadtrat Dittreiter. Während Herr Grüttner streng sachlich blieb und sich mit dem Wahlprogramm der U. S. P. D. identisch erklärte, tanzte der Stadtrat sehr nervös umher und versuchte durch persönliche Bemerkungen dem Erfolg des Genossen Gruchowicz Abbruch zu tun. Es gelang ihm nicht. Zahlreiche Uebertritte von der S. P. D. und Neuaufnahmen wurden vollzogen.

Votales.

Breslau, den 27. April 1920.

Sie kommen nicht wieder!

Das Generalkommando teilt mit:

Das Reichswehrministerium hat angeordnet, daß die Freikorps Anloß, Kühme und die Marinebrigade Loewenfeldt, die nach dem Industriegebiet im Westen abbeordert sind, nach Erledigung ihrer dortigen Aufgabe nicht nach Schlesien zurückkehren.

Hoffentlich ist es wahr!

Der Kurt von Kessel.

Gegen den Kurt von Kessel in Oberglauche, den kappistischen Stunden-Oberpräsident von Schlesien, ist vom Untersuchungsrichter des Reichsgerichts ein Steckbrief erlassen worden.

Die Ideale der „Volkswacht“.

Kein Aufgeben der Koalition mit der Bourgeoisie.

Unter der Ueberschrift: Das Ziel, schreibt die „Volkswacht“ in Nr. 93 vom 23. April u. a.:

„Er scheint also im ganzen genommen das Aufgeben der Koalitionspolitik in dem Maße, daß wir keine sozialistische Mehrheit erwischen, als wünschenswert, so birgt doch dieser Schritt nicht nur für das ganze Land, sondern auch für den Sozialismus schwere Gefahren. Wir würden die Gewalt in die Hände der Bürgerlichen legen und unseren Einfluß vollkommen erschlacken. Nicht ohne Recht würde dann diese bürgerliche Regierung sich um die sozialistischen Forderungen verdammt wenig kümmern und eine Politik betreiben, die geleitet wird von Klasseninteressen. Die Sozialdemokratie als Oppositionspartei hätte dann das Mittel des Streiks als wirksame Waffe zur Durchsetzung ihrer Forderungen, aber diese Streiks würden unter Wirtschaftslieben noch mehr erschüttern und das Land im Lande vergrößern. Diese Situation würde dann für radikale Elemente zur Provokation und zur Ausschüttung von

muntfischer und hohlgewisslicher Ideen äußerst günstig sein. Wie das auf die Wirtschaft eines zusammengebrochenen Landes wirkt, haben Ungarn, Litauen und Litauen zur Genüge bewiesen. Der Sozialismus würde zudem einen Schlag bekommen, der ihn Jahrzehnte zurückwerfen würde.

Das alles — den Untergang unserer Wirtschaft und die Schädigung des Sozialismus, wollen wir nicht. Unser Ziel ist das Gegenteil. Es zu erreichen, ist zunächst eine sozialistische Mehrheit im Reichsparlament notwendig. Dieses Ziel wollen wir nicht aus den Augen verlieren und dann, wenn wir es nicht erreichen, durch keinerlei auch noch so günstige Aussichten uns verleiten lassen, die Koalitionspolitik aufzugeben. Wir werden uns nach wie vor dem Willen der Volksmehrheit unterwerfen, am Wiederaufbau tatkräftig mitarbeiten und uns keineswegs feige vor der Verantwortung drücken.“

Also: Einerseits Verbindung mit der U. S. P. D., wenn die sozialistische Mehrheit da ist, andererseits Verbindung mit der Bourgeoisie, wenn sie nicht da ist. Das sind die Grundsätze der „Volkswacht“. Die Maske ist gefallen!

Die sogenannte Messe

als organisierter Sammelpunkt zum Austoben des Handelskapitals beglückt momentan die Bourgeoisie. Extrazüge sind eingelegt, die Polizeistunde ist verlängert, abends finden große Konzerte statt, um die Geschäftseelen der Händler in höhere Sphären zu führen, es sei denn, daß sie ein „Dämchen“ vorziehen. Mit der Befundung und Hebung der deutschen Volkswirtschaft hat die Messe gar nichts zu tun, Schieber können keine Volkswirtschaft heben.

Haushaltsplan der Stadt Breslau für 1920.

Allgemeine Bemerkungen.

Die Einnahmen und Ausgaben des Stadthaushaltsplanes gegeneinander ins Gleichgewicht zu bringen, dazu gehörte in diesem Jahre — wegen der vielen bis zuletzt und zum Teile auch jetzt noch in Rechnung zu stellenden unbekanntem Größen — ein ganz besonders hartes Stück Arbeit. Nicht allein, daß den Städten die Gemeindefinkommensteuer durch die Reichsgesetzgebung entzogen worden ist, sie wurden darüber hinaus lange Zeit hindurch über den auf sie entfallenden Anteil an der Reichseinkommensteuer in Ungewißheit gelassen. Erst vor kurzer Zeit gelangten sie in dieser Hinsicht in den Besitz einigermaßen sicherer Unterlagen, indem ihnen die Ueberschneidung eines dem Gemeindefinkommensteuer-Aufkommen des Rechnungsjahres 1919 gleichen Betrages zusätzlich eines Zuschlages von 25 v. H. zugesagt ist. Dagegen ist bezüglich der Realsteuern (Gewerbesteuer, Grund- und Gebäudesteuer) bis heute noch keine endgültige Entscheidung durch die Landes- und Zentralbehörden erfolgt, wie andererseits auch die Provinz Schlesien den an sie zu entrichtenden Abgabensatz erst im Laufe der vergangenen Woche mit 20,2 v. H. (statt wie im Vorjahre 12,48 v. H.) festgestellt hat. Diese Unsicherheit hatte naturgemäß eine Unsicherheit in den Verhältnissen des Magistrates zur Folge, die ohnedies durch die allgemeinen und insbesondere die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart in einem bisher ungeahnten Maße erhöht wurden. Zieht man in Betracht, daß Löhne, Tagelöhner, Besoldungen usw. sich in der Zeit von Juli 1914 bis Juli 1919 infolge der Lennerungszulagen im Durchschnitt nahezu vervierfacht haben, so wird man verstehen, daß in Anbetracht dieser ungeheuerlich gestiegenen persönlichen Aufwände, ganz abgesehen von den natürlich gleichfalls um ein Mehrfaches angewachsenen tatsächlichen Kosten, ein wenigstens annähernder Ausgleich hier nur durch äußerste Sparmaßstäbe auf dem Gebiete aller nicht unbedingt lebensnotwendigen Ausgaben erzielt werden kann. Einige wenige Zahlen mögen das beleuchten. Es betragen die Gesamtausgaben der Kammerei- und der Betriebsverwaltungen:

Im Jahre 1914	69 Millionen M.
Im Jahre 1918	81,5
Im Jahre 1919	131
Hiervon entfielen auf persönliche Ausgaben:	
Im Jahre 1914	27 Millionen M.
Im Jahre 1918	35
Im Jahre 1919	80

Dem steht während der Zeitpanne Juli 1914 bis Juli 1919 eine Erweiterung und damit eine absolute, nicht nur durch die Erhöhung der Gebühren bedingte Mehreinnahme lediglich bei der Verwaltung der Gaswerke gegenüber. Dort liegt die Zahl der abgegebenen Kubikmeter von 56 auf 65 Millionen, während bei den Wasserwerken sich ein Rückgang von 16,3 auf 14,6 Mill. Kubikmeter, bei den Elektrizitätswerken ein Stillstand (25,8 zu 26 Millionen Kilowattstunden) und bei der Straßenbahn wiederum eine Verminderung der gefahrenen Rechnungskilometer von 1402 auf 1325 bemerkbar machte. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die für die Kammereiverwaltungen erforderlichen Zuschüsse, die nach dem Vorkurslage des vergangenen Jahres 65,2 Millionen M. betragen, nach den ersten Annahmen der Einzelverwaltungen für 1920 nahezu die doppelte Höhe 127,5 Mill. Mark erreicht, und daß auf der anderen Seite nach dem vorläufigen Abschluß die Ueberschüsse aus den gewerblichen Betrieben nur eine Erhöhung von 16 auf 22,3 Millionen M. aufzuweisen haben. Alles in allem ein Ergebnis, das jeden ernst-

Aufforderung.

Parteilosen! Gefinnungsgenossen!

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei fordert alle Genossen und Freunde auf, am 1. Mai um 8 1/2 Uhr auf dem Palaisplatz zu erscheinen und an der dort stattfindenden Massen-Versammlung teilzunehmen. Der 1. Mai ist ein politischer und kein gewerkschaftlicher Feiertag. Die Feier umfaßt Musik und Festreden. Anschließend Massendemonstration unter Vorantritt von 4 Musikkapellen.

Die Parteilosen treffen sich um 7 1/2 Uhr morgens vor ihren Distriktslokalen, um sich gruppenweise nach dem Sammelplatz zu begeben.

Nachmittags 3 Uhr ab finden festliche Veranstaltungen im Schießwerder und im Zentral-Ballsaal, Westendstraße 50/52, statt.

Der Fest-Ausschuß.

halten Kommunalpolitiker vor die Frage stellen muß, wie hier eine Besserung herbeigeföhrt werden kann, ein Ergebnis, das sich natürlich auch in den Haushaltsplänen der Einzelverwaltungen widerspiegeln muß.

Der Untersuchungs-Ausschuß beim Oberpräsidium

der sich damit beschäftigen soll, Material gegen die schlesischen Kappisten zu sammeln, setzt sich wie folgt zusammen:

Als Beamter des Oberpräsidiums Regierungsrat Dr. Bartels, als Vertreter der mittleren Beamtenschaft Landesversicherungssekretär Lehner (Soz.) und in seiner Stellvertretung Eisenbahnbetriebssekretär Pöhl (Ztr.), als Vertreter der Demokratischen Partei Lehrer Herrmann, als Stellvertreter Regierungsekretär Dickmann, als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei die Herren Fritz Rasch und Oberbahnassistent Emil Dreßler, des Zentrums Regierungsrat Finger und Oberlandesgerichtsrat Gusiñbe.

Die Aufgaben des Untersuchungsausschusses sind also gering: Er soll Material sammeln. Und selbst diese Aufgabe wird er bei seiner Zusammenfassung nicht erfüllen. Wie die „Freie Meinung“ meldet, haben bereits verschiedene Untersuchungskommissionen bei den Behörden ihre Tätigkeit eingestellt, weil sie zu dem Untersuchungsausschuß kein Vertrauen haben. Die „Freie Meinung“ nennt ihn „Begebniskommission“, da doch nichts herauskommt. Ob diese Bezeichnung richtig ist?

Lieferstreit der Bauern.

Uns wird mitgeteilt: Die Bauern in Leize und Umgegend weigern sich seit dem 26. d. Mts. Vollmilch zum festgesetzten Preise abzuliefern. Sie erklären, die Milch nur zum Preise von 3 Mark pro Liter abzugeben. Der Milch-Lieferstreit der Bauern ist also perfekt und offen. Die Folgen dieser Handlungsweise (die Säuglinge und Kranken sind ohne Milch!) lassen die „Christlichen“, beschworenen Bauern ganz kalt. Was gedenken die Behörden zu tun, um den gemeingefährlichen Starrsinn der wuchernden Bauern zu brechen?

Zur Lohnbewegung im Friseur-Gewerbe.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den beiderseitigen Tarifkommissionen sind ergebnislos verlaufen. Die Forderungen der Gehilfenschaft wurden deshalb dem Schlichtungsausschuß überreicht. Um auch hier eine Einigung nicht ausschließen zu wollen, sind zwei Wege vorgeschlagen worden:

I. Vollkommene Sonntagsruhe, 10% Lohnzuschlag zu den jetzt gezahlten Löhnen und Bestehenlassen der dritten Lohnklasse C, Urlaub bei einer Beschäftigungsdauer von 1 Jahre mindestens 3 Tage.

II. 25% Lohnzuschlag, 3 stündige Sonntagsarbeit, Gewährung eines freien Wochentagnachmittags von 1 Uhr ab für die geleistete Sonntagsarbeit, Fortfall der Lohnklasse C, Urlaub bei einer Beschäftigungsdauer von 1/2 Jahr 5 Tage, bei 1 Jahr 7 Tage.

Die Donnerstag, den 22. April, stattgefundene Hauptversammlung des hiesigen Arbeitnehmersverbands des Friseur-Gewerbes trat nach Befamntgabe des Standes der Verhandlungen dafür ein, daß unbedingt die Sonntagsruhe gefordert und erreicht werden müßte. Gleichzeitig wurde Stellung genommen zur Maifeier. Einstimmig erklärten sich die anwesenden Mitglieder für einen Antrag, der besagt, den 1. Mai durch vollkommene Arbeitsruhe und Teilnahme an den Demonstrationen der Gewerkschaften zu feiern. Das Publikum wird deshalb ersucht, die notwendigen Bedienstungen schon am Freitag vornehmen zu lassen, da der 1. Mai auf Sonnabend fällt.

Erwerbslosen-Versammlung.

Sonnabend mittag fand im Schießwerder eine Massensammlung der Erwerbslosen statt. Genosse Eckert erstattete Bericht über die bis jetzt mit den Behörden und Industriellen gepflogenen Verhandlungen. Er teilte mit, daß vergangenden Montag im Oberpräsidium eine Sitzung stattgefunden habe, an der Regierungspräsident Jaenicke, Geh. Regierungs- und Gewerberat Gzimatiz, Oberbürgermeister Dr. Wagner, Stadtrat Brecher, Magistratsrat Wosniza und Vertreter der Eisenbahndirektion Breslau, ferner Vertreter hiesiger Groß-Betriebe, wie Direktor Eichberg, Fabrikbesitzer Remna usw. teilgenommen hatten. Allgemein wurde die Notwendigkeit anerkannt, für die Erwerbslosen Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Die Eisenbahn wird in Kürze circa 1000 Erwerbslose einstellen. Mit der Industrie sind noch keine diesbezüglicher Verträge abgeschlossen worden. In der Diskussion wurde verlangt, daß Ueberstunden und Sonntagsarbeit in der Industrie verschwinden müßten. Ferner soll der Magistrat bald Notstandsarbeiten in die Wege leiten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Wir Arbeitslosen verlangen Arbeit und fordern, daß der Kampf der Arbeitslosen von der gesamten Arbeiterchaft unterstützt wird, damit die Arbeitslosen nicht dem Hungertod und der Verzweiflung zum Opfer fallen.“

In den Erwerbslofenrat wurden folgende Personen gewählt: Horaczek, Fuchs, Poling, Langs und Frau Metas.

Berichtigung.

Zu der Notiz: Nochmals die Arbeiter-Entlassungen im Ferdelaजारett 32, Bürgerwerderlaterne 5 (Arb.-Ztg. Nr. 43 vom 24. April) bemerken wir: Unsere Entlassungen betreffen nicht, wie irrümlich angegeben, direkt auf unser Verhalten in den Kapp-Tagen, sondern stehen in Verbindung mit dem Angebot zum Zweck der Einstellung als Zeitfreiwillige. Nur da wir die Einstellung als Zeitfreiwillige verweigerten, wurden 40 Mann entlassen.

Briefkasten.

H. W. G. Wir nennen: „Der Kinematograph“, Verlag Ed. Lim, Düsseldorf, „Der Film“, Verlag Kühn, Berlin SW. 68, R.-Str. 5.

Distriktsabende in folgenden Lokalen:

Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends:

- Distrikt 1 u. 2 Batelpost, Weiße Dyle,
- 4 Gellhornstraße 1,
- 6 Lehmgrobenstraße 91,
- 9a Friedrich-Wilhelm-Straße 109.

Freitag, 7 1/2 Uhr abends:

- Distrikt 3a Klebschaustraße,
- 9 Leuthenstraße, Ecke Silberbrandstraße,
- 10 Böpewitzer Straße 31.

Distrikt 6 (Lehmgrobenstr. 91).

Donnerstag, den 29. April 1920, abends 7 1/2 Uhr: Wichtige Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Majestäten, 2. Ehrenbeiräte, 3. Ullrich. In dieser Versammlung muß jeder Genosse und Genossin erscheinen. Die Genossen werden ersucht, zu dieser Versammlung ihre Ehefrauen mitzubringen. Auch ist das Erscheinen der Genossen vom Distrikt 8 sehr wünschenswert.

Distrikt 7.

Freitag, den 30. April: Distriktsversammlung bei F. Schmidt, Gewaltstr. 16, abends 7 Uhr. Sehr wichtige Tagesordnung, Mitgliedsbuch mitbringen. Vom 1. Mai ab finden die Distriktsversammlungen regelmäßig jeden Freitag nach dem 1. und 16. d. Mts. statt. Der Distriktsführer.

Donnerstag, den 29. April, abends 7 Uhr, im „Gronprinz“, Westendstraße

Mitglieder-Versammlung.

Sehr wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Arbeiterräte der U. S. P.

Fraktionsitzung Mittwoch, den 28. April, abends 7 Uhr in den „Etsenfallen“, Friedrich-Wilhelm-Straße. Vollzähliges Erscheinen Pflicht!

Geschäftliches.

Der **Stahbaum-Nussbaum** in der Schmiedebrücke 20 und Kupferstraße 16 ist vorigen Monat neu übernommen worden, und ist schon seit Anfang des vorigen Jahrhunderts bestehende Schmelzwerk haben von Grund aus eine zeitgemäße freundliche Erneuerung erfahren; so daß die alten, biederer Stille, welche wohl jeder Breslauer kennt, ein junges, modernes Gesicht erhalten. Den Gästen bietet die Küche bei erquicklichen Preisen gute und reichliche Kost, während zu dem bekannten kräftigen Ausbacken ein Streich-Orchester mit bester und heiteren Musikanten aufwartet.

Im **Zirkus Busch** hat sich eine stattliche Ringeschar von erstem Auf eingekunden. Abends: gefangen nach Vorführung des guten Varietésprogramms spannende Kämpfe zum Austrag. (Siehe auch Inserat.)

Das **Seidenbandhaus W. Wegner u. Co.**, welches am 1. Juni sein Geschäftslokal Ecke Neue Schweidnitzer Straße und Gartenstraße verläßt, kauft im Viehhause das Kindermodengeschäft, um die dort vorhandenen Bestände zu räumen, eigene Artikel zu führen und mit dem Seidenbandhause dahin einträglich abzugeben.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Inserate Fritz Ullrich; Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Dienstag 7 Uhr:
Rigoletto.
Mittwoch 8 Uhr:
Die Frau ohne Schatten.

Jahr-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Erdenkist.

Chalia-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Das Glück im Zinckel.

Schauspielhaus.
Operntheater. 21. St. 2545
Dienstag und Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Gasparone.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Die Rose von Stambul
Freitag 7 1/2 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Samstag u. Sonntag 7 1/2 Uhr:
Die Frau Ministerpräsident.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Gardasfürstin.

Viktoria-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
„Der selbige Balduin“.

Das hohe Lied der Liebe
Franz. Sittenroman aus der Rokokozeit
6 spannende Akte.
Ferner:
Das Teehaus zu den 10 Lotusblumen
Abenteurerfilm in 4 Akten.

Eden Theater.
Lichtspiele in höchster Völkerrückbildung
Nikolaistrasse 27.
Ab Dienstag täglich:
Asiatische Liebe
Ein spannend. Tibetisches Abenteuer. Die Liebesgeschichte über die Menschen in allen Erdteilen und allen Völkern.
Ich bitte um die Hand ihrer Tochter
Eine lustige Geschichte und das übrige aus-erwählte Programm.

TIVOLI-Lichtspiele
Neudorfstr. 35
Direkt.: G. Scholz
Nur 2 Tage
Die rätselhafte Sphinx
Sensationelles Detektivdrama in 4 Akten.
Detektiv
Sherlock Holmes
Theodor Loos
in dem glänzenden Schluger
Der fremde Sohn
Ein spannendes Liebesdrama in 4 Akten.
Das doppelte Stelldichein
Ein schillerndes Lustspiel in 3 Akten.
Voranzeige für die großen Schlager
Herven und Hungernde Millionen.

ZEPTEKINO
Klosterstr. 47
Täglich bis Donnerstag
Herrin der Welt
7. Teil
Menschenstragie.
Ausserdem:
Lustspiel:
Um die Wurst.

Ober-Bayern
Gartenstr. 65
Täglich große
Horchler-Konzerte
30 Mann
Anfang 8 Uhr

Häuten, Felle
jeder Art können zu allen beliebigen Tagespreisen
Osinski & Niklasch
Kupferstraße 51/51b

Spiralbohrer
aus S. S. u. Belgien
kauft zu den höchsten Preisen gegen Kasse, nur neue Ware
Ang. Ströter
Seidenstr. 50, 2. Stock

Die Sensation internationalen Ringkämpfe im ZIRKUS BUSCH
Nach dem erstklassigen Variétés-Programm ringen allabendlich die größten
Kanonen
Sichern Sie sich rechtzeitig Ihren Platz.
VORVERKAUF:
Barasch * Kilian u. Co., Tauentzienpl., Zig.-Haus Böhm, Kloster-, Ecke Feldstr. Zig.-Haus Kaluschke, Friedr.-Wilh.-Str. 8
Zirkuskasse 11—2 Uhr ab und abends 6 Uhr.

Brauerei-Ausschank NUSSBAUM
Eingang: Schmiedebrücke 20
Kupferstraße 16
— Telef. Ring 2881 —
Geschäftsl. W. Drobek
Täglich großer Frühstück-, Mittag- und Abendessen
Gute bürgerliche Küche
Abends:
Gross. Konzert Kapellstr. Kratz

Tannenhof
Berliner Straße 20
Telefon Ohle 479.
Jeden Dienstag und Sonntag:
Vornehmer Tanz!
Erstklassige Wiener Beilwerk.

Schöne helle Schlafzimmer
bestehend:
1 Schrank, 1 Bett-
kommode mit Platte
und Spiegel, 2 Bett-
stellen mit Patent-
auflegematten und
Rissen, 2 Nach-
tische mit Platte

Max Giesel
Kreuzstr. 23.
Gummimatten
Schiffen, Maschinen,
Spezialmaschinen,
Drehmaschine
H. Klose,
Kreuzstr. 1, Hinterhof 7,
2. Stock vom Ring.

Breslauer Messe
Täglich geöffnet
von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends
Zutritt nur für Interessenten und Einkäufer.
Messeabzeichen u. Karte 10 Mk. für jede Person
an den Eingangskassen und im Nord-deutschen Lloyd, Neue Schweidnitzer Str. 6, sowie im Reisebüro der Breslauer Paket-fahrt-Gesellschaft, Schweidnitzer Stadtgr. 13

Häute und Felle
jeder Art kaufen zu höchsten Tagespreisen
Gutsche & Co.
Breslau 1, Ursulinerstr. 19/20, Ecke Stockgasse
Fernspr. Ohle 1171, nach Geschäftsschluss Ohle 6295

Rein Aluminium-Kochgeschirre u. Eßbestecke
Lieferant an Wiederverkäufer
Metallwaren-Industrie
G. Friedrich Kurzbart
Breslau 13
Steinstraße 18 = Fernsprecher Ring 2105.

Klavierunterricht für Anfänger,
eignet sich für
Martha Preiß
Elbingstraße 2a II. recht.

Arbeiterräte der U. S. P.
Fraktionsitzung
Mittwoch, den 28. April
abends 7 Uhr
im Lokal Gertrudenstr. 15.

Hautjucken
Kritik, besonders Nachts, be-
seitigt schnell und dauernd auch
in veralteten Fällen Apotheker
Dr. Becker's bewährtes Mittel,
nicht schmerzhaft, keine Berufs-
störung. 1 Packung meist für eine
Person ausreichend. K. 7.50. Diskrete
Zusend. ohne Angabe der Firma
durch die Apothek. zum Goldenen
Adler, Berlin 374, Alexander-
straße 41. Gegr. im Jahre 1856.
Zweitälteste Apotheke Berlins.

Kranke
Harnröhren-, Haut- und Ge-
schlechtskrankheiten behandelt
mit Erfolg. Viele freiwillige
Anerkennungen von ausge-
heilten Patienten.
Heilkundiger Fr. Joschke,
Palmstr. 22, II. Tel. Ohle 1924.
9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

Wir rufen alle
Damen, welche Hüte umzupressen haben,
nach der bekannten Hutfabrik auf der
Goldarbeiter
Seite — Am Rathaus 16/17 — woselbst die Um-
arbeitungen schnellstens vorgenommen werd.
Martha Cohn
Am Rathaus 16/17, Goldarbeiterseite.

Geschäftsleute, Gastwirte, Ladeninhaber, Hausbesitzer
des Stadtkreises Breslau,
sowie d. Landkreise Breslau,
Neumarkt, Ohlau!
Unterstützt die Propaganda dafür,
daß Oberschlesien bei Deutschland
bleibe, und hängt Plakate in Euren
Schaufenstern und an den Häusern
gratis aus! Bestellt — falls nicht
schon durch die Vereine heimatsstreuer
Oberschlesier geschehen — die erfor-
derliche (kostenlos zu liefernde)
Anzahl schriftlich bei der
Bezirksgruppe Breslau der
Bereinigten Verbände
heimatsstreuer Oberschlesier
Breslau 1, Lange Holzgasse 7, I. Et. r.

Figaro-Theater
Bischhofstraße 4/5
Fernspr. Ohle 1769.
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:
„Der selbige Ociay“
und
„Der unbezahlte Roman“.
Ferner:
Das selbige, grosse
Kampfsprogramm

LIEBICH-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gedehel Felix Potzial
in dem sensationellen
Die Herrin ihrer Tat!
Hans Hauser
Humorist
Benny H. Scott
in dem sensationellen
u. so ganz neuartigen

Zellgarten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Harry Blonenstein
in
Familie Leinöl
Das die brillantesten
Spezialitäten.

Achtung! Wo?
kauft man sich ein gutes
Kleid nicht ganz ge-
schicklich zu wählen
und vorzuziehen?
Bei **H. Kluge,**
Kreuzstr. 12, am I. Ege.

3 beliebte Filmsterne!
Mia May und Lotte Neumann
in dem spannenden
Kriminal-Drama
Keiten der Vergangenheit
Ferner:
Ria Aildorf
in der Tragödie
einer schönen Frau:
Die Frau mit den Opalringen
Anßerdem d. lustige
Beiprogramm!

V.G.L.
Volks-Garten-Lichtspiel
48 Michaelisstraße 48
Straßen-Lichtspiel, 22 St.
Nur einige Tage.
Beginn 4 Uhr!
Alte. Erstaufführung
nur für Breslau.
Gleiches Blut
Sensat. Liebes-Drama
in 4 grossen Akten.
In der Hauptrolle:
Carmen Carillieri.
Ferner:
Pfimmerherzen
oder
**Eine lustige
Filmkonkurrenz.**
Lustspiel in 3 Akten.

V.G.L.
Geb. Meister
Albrechtstrasse 40
Bekleidungshaus
für
Herrn u. Knaben
nur eigene Fabrikation